

Stenges, um
am 13. Ma
Soffhauspie
berurteilt wor

weden.
Die Wahlen
der ersten Kam
hohe Verrechnung
Konferenzen
geben.

glischer Seema
wir östlich von
gen ein heftiges
Kritikerte zu
hoh. Eine Klein
über der deut
an der Besorgn

nd. (Neuheit)
Schwarzfärbung
Halbe Ht.
en Oberst.
Schwarzfärbung

etischen Geben
Der Dursche de
13.

und-Souci.

kauf: Tob u
offen.

ilung.

pe 5" beginn
in infolge de
hsverteilung

ir das Pfund
mit dem 18

gistrat.

ngsamt.

Brotmark
den, wenn
gen.

Magistrat.

ung.

glich Anzeig
nicht nachge
er Verfolgung
beit geboten
Sammelstell
r und

gistrat.

en, daß am
Zeit nicht vor
s Kriegsgel

Sammelstell

gistrat.

urückgehört
en.

helsberg.

11 1/2-1 Ubr

kt. Arzt
und Massage

Port Arthur

nstr. 20.

omania-Prämi
die ein vorzue
renden.

Abkündigung

ob Grei

en-Zutun

en nieder

u. 2. 20
Posto 20 Wg
g Volksstimme

Abonnements:
Monatlich 85 Pfennig einschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.55, monatlich 85 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.
Telegramm-Adresse:
"Volksstimme, Frankfurt/Main".
Telephon-Anschluß:
Amt Hanfa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Die Spalte Zeitungslohn 15 Wg.,
bei Wiederholung halbiert nach Tarif.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden aufgegeben
sein. Schluß der Inseratannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.
Nachschickkonto 529.
Union-Druckerei u. Verlagsanstalt,
G. m. b. H., Frankfurt a. M.
(nicht "Volksstimme" adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahutal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Mittrich, für den übrigen Teil: Gustav Sommer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Weiskirch, 49, Telephon 1026 — Expedition: Weiskirch, 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier.
Verlag und Druck: Union-Druckerei und Verlags-
anstalt, G. m. b. H., sämtlich in Frankfurt am Main

Nummer 91

Montag den 17. April 1916

27. Jahrgang

Neue amerikanische Forderungen?

Unverbesserliche.

Die Faktion, die den alldeutschen Kriegshebern zum
schrankenlosen Unterseebootkrieg und zum rücksichtslosen An-
griffen mit den Neutralen, vor allem mit Amerika, während
der letzten Wochen in und außer dem Reichstage so kräftig er-
teilt worden ist, hat noch nicht genügt. Die kleinen Grüpp-
chen um Wassermann und Reventlow machen sich wieder
maufig, und zwar um so keder, je besser sie selbst wissen, wie
wenig Zustimmung sie im Volke und bei der Regierung fin-
den. Wassermann läßt sich für sein bisheriges Fiasko dadurch
entschuldigen, daß ihm eine rechtsstehende nationalliberale
Korrespondenz beiseitegehen muß, er habe die einflussreichen
Kreise seiner Partei hinter sich. Dabei können wir heute ver-
raten, daß wir im Reichstage mit eigenen Augen sehr mah-
gebende Persönlichkeiten der National Liberalen gesehen haben,
die beinahe vernehmbar mit den Achseln zuckten über die
Wirkung der Forderungen, die Wassermann dem Grafen Westarp in
der unüberlegten Kriegsheberei leistete. Daß Graf Revent-
low im Bündlerblatt wieder einmal "losgeht", ist nichts
Bonderbares. Sein Gesichtskreis ist eng und er ist in der
Wahl seiner Mittel sehr beschränkt. Wenn er von einer Ant-
wort an Amerika spricht, die dem "Selbstbewußtsein, der
Würde und Kraft" Deutschlands entsprechen müsse, so sind
das die von keinerlei Einzelüberlegung angeführten
Redensarten, die wir als Behauptungen alldeutschen Kraft-
meiertums zur Genüge kennen, die aber wirklich und glück-
licherweise nicht den Schatz der Gründe bilden, aus dem die
verantwortlichen Staatsmänner unter jungerlicher Anleitung
köpfe mischten.

Darf man also hoffen, daß im Ausland allgemach die
Unbesonnenheiten der beiden Grüppchen die Einschüchterung er-
fahren, die sie verdienen, so muß doch auch gesagt werden, daß
die Kriegsheber in Amerika wieder ihr ant Teil dazu tun, die
Lage zu verschärfen. Namentlich die unter englischem Ein-
fluß stehenden Macher der "öffentlichen Meinung" geben sich
am Samstag alle Mühe, die Entschlüsse der nordamerikan-
ischen Regierung im kriegerischen Sinne zu beeinflussen. An-
schließend wurden neue Schritte der Union bei Deutschland in
Sachen der U-Bootfrage in der Londoner "Times" ohne sen-
sationellen Aufbruch wie folgt angekündigt:

"In Washington erhält sich die Auffassung, daß eine weitere
Demarkation gegen Deutschland wahrscheinlich schriftlich, vielleicht auch
mündlich unternommen werden solle, um Deutschland noch ein-
mal die Möglichkeit zu geben, die offiziellen
Freundschaftlichen Beziehungen aufrecht zu er-
halten, wofür als Preis die Befreiung des Transatlantischen
Handelsverkehrs, dessen Verfall, sein Absterben nachgewiesen, von jeder-
mann für lächerlich gehalten werde und ferner, daß Deutschland
den greifbaren Beweis liefern muß, daß es die Art seines Vor-
gehens ändern wolle." Auch sei kein Termin bestimmt, innerhalb
dessen Deutschland antworten müsse.

Dann aber bemächtigte sich die bekannte Deveschenagen-
te Reuter des willkommenen Stoffs und forcierte für die nati-
onalen Verschärfungen. Danach wären Präsident Wilson und
sein Kabinett dahin übereingekommen, daß die Vorlegung wei-
teren Beweismaterials für die Rechtsverletzungen von Unter-
seebooten "wahrscheinlich innerhalb 48 Stunden" erfolgen
und von der endgültigen Forderung begleitet sein würde,
Deutschland solle den Beweis für die aufrichtige Erfüllung
der von ihm gegebenen Verpflichtungen erbringen. Das solle
Amerikas letztes Wort sein. Bei unbefriedigender Antwort
würden unfehlbar sofort die diplomatischen Beziehungen ab-
gebrochen.

Sicher ist hier der englische Punkt, die Fette seiner Ver-
bündeten durch das große amerikanische Glied zu schließen.
Der Vater aller dieser aufsteigenden Nachrichten. Und die
Union und die zahlreichen Elemente, die Besonnenheit be-
wahrt haben, sollten gar keinen Zweifel darüber lassen, daß
die die ewige englische Sebe, deren Absichten allzu durchsichtig
sind, gründlich satt haben. Der Korrespondent der "Morning
Post" soll ein Mitglied des Kabinetts gefragt haben: "Was
würde der Kongreß tun, wenn der Präsident die Beziehungen
zu Deutschland abbrechen und dem Kongreß alle Tatsachen
vorlegen würde?" Das Mitglied des Kabinetts habe geant-
wortet: "Ich glaube, daß der Kongreß den Präsidenten unter-
stützen würde, aber widerwillig. Amerika will seinen Arsenik"
an der Lat. was könnte Amerika gewinnen? Neue Kasten
neue Konflikte nach Osten und Westen, während es als
Schiedsbewahrer das mächtige Rinnalein an der Woge bleibt
über dahinein wird sich die Union kaum von und reden lassen
und muß sie selbst entscheiden. Nur sollte sie diese Entschlei-
nung auch treffen unter entschlossener Abwehr aller englischen
Verführer und Geher.

Die deutschen Volksmassen haben bei der letzten, schid-
schmerzlichen Entscheidung im Reichstage über die U-Boot-
frage durch die Sozialdemokratie für ganzes Kriegeswich-
geleitet für eine Politik, die die Interessen der neutralen
Staaten, also voran diejenigen der Union, gerecht und sach-

gemäß berücksichtigt. Es müßte eine verhängnisvolle Wirkung
auf diese mächtige Richtung im deutschen Volke haben,
wenn die Antwort Nordamerikas in den Herausforderungen
bestünde, die England so gern für seine Zwecke der Union
entlocken möchte.

Zwei deutsche Tagesberichte.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Samstags-Ausgabe enthalten.)

Der Samstags-Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 15. April. (W. V. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ein härterer Vorstoß der Engländer gegen die Trichter-
stellungen südlich von St. Eloi wurde nach Handgranaten-
kampf völlig zurückgeschlagen.

In den Argonnen und östlich davon teilweise lebhafter
Artillerie- und Minenkampf.

Links der Maas konnten feindliche Angriffs-
absichten gegen unsere Stellungen auf "Toter Mann"
und südlich des Raben- und Cumidres-Baldes,
die durch große Steigerung des Artilleriefeuers vorbereitet
wurden, in unserem vernichtenden, von beiden Maas-
ufern auf die bereitgestellten Truppen vereinten Feuer nur
mit einigen Patallonen gegen "Toter Mann" zur Durch-
führung kommen. Unter schwersten Verlusten brachen die
Angriffswellen vor unserer Linie zusammen, einzelne zwischen
unseren Gräben vorgedrungen Leute fielen hier im Nahkampf.

Rechts der Maas, sowie in der Doivre-Ebene
blieb die Gefechtsintensität im wesentlichen auf heftige Feuer-
kämpfe beschränkt. Zwei schwächliche feindliche Handgranaten-
angriffe südwestlich der Feste Donaumont blieben er-
folglos.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die gestern wiederholten örtlichen Angriffsversuche der
Russen nordwestlich von Dunaburg hatten das gleiche
Schicksal, wie am vorhergehenden Tage.

Am Serwetisch, südöstlich von Kotelitschi, brach-
ten wir einen durch starkes Feuer eingeleiteten Vorstoß schwä-
cherer feindlicher Kräfte leicht zum Scheitern.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine Ereignisse von Bedeutung.

Oberste Heeresleitung.

Der gestrige Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 16. April. (W. V. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Weiterhin des Kanals von La Bassée steigerte sich,
die Tätigkeit der Artillerien im Zusammenhang mit lebhaften
Minenkämpfen. In der Gegend von Sermettes wurde
die englische Stellung in etwa 60 Meter Ausdehnung durch
unsere Sprengungen verschüttet.

Ostlich der Maas entwickelten sich abends heftige
Kämpfe an der Front vorwärts der Feste Donaumont
bis zur Schlucht von Banz. Der Feind, der hier, an-
schließend an sein starkes Vorbereitungsfeuer mit erheblichen
Kräften zum Angriff schritt, wurde unter schwerer Einbuße
an seiner Gefechtskraft abgewiesen. Etwa 200 unverwundete
Gefangene fielen in unsere Hand.

Ostlicher und Balkankriegsschauplatz.

Es hat sich nichts von besonderer Bedeutung ereignet.
Oberste Heeresleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 16. April. (W. V. Nichtamtlich.) Amtlich
wird verlautbart: 16. April 1916.

Russischer Kriegsschauplatz.

Außer dem alltäglichen Geschützkampfe keine besonderen
Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der küstennäheren Front fanden im allgemeinen
nur mäßige Geschützkämpfe statt. Im Abschnitt der Hoch-
fläche von Dobers war die Gefechtsintensität etwas leb-
hafter. Ostlich von Seiz sind wieder kleinere Kämpfe im
Gange. Im Plödenabschnitt nahm unsere Artillerie
die feindlichen Stellungen unter kräftiges Feuer. An der
Tiroler Front beschoß der Feind einzelne Räume in
den Dolomiten und unsere Werke auf den Hochflächen von
Lafraun und Zielgeruth.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Unverändert ruhig.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Höfer, Reichsmarschallleutnant.

Die Wirkung der Kämpfe um Verdun.

Vern, 16. April. (W. V.) Der Pariser Korrespon-
dent des Mailänder "Secolo", eines italienischen Regierungs-
blattes, meldet zur Lage vor Verdun u. a., man müsse sagen,
daß die Kämpfe, die man ungenau mit "Schlacht von Verdun"
bezeichne, in Wirklichkeit nichts anderes seien als eine Reihe
von den Deutschen erzwungener, von einander getrennter
Schlachten, die lediglich bezwecken, dem Feinde jede Mög-
lichkeit zur Initiative zu nehmen, eine Last, die die Deutschen
an allen anderen Punkten der europäischen Front im Großen
befolgen. So müßten tatsächlich die letzten Ereignisse um
Verdun betrachtet werden. Die von den Deutschen zwischen
Avocourt und Cumidres gegenwärtig eingesetzten Truppen
sind zahlreicher als vor zwei Monaten zwischen Probant und
Cremes. Nach einer Reihe mehr oder weniger heftiger An-
strengungen wiederholten die Deutschen nunmehr den Versuch,
sie müßten jedoch, um Verdun zu erreichen, große Anstren-
gungen vollbringen. Aber selbst der Fall, daß die Franzosen
weichen müßten, würde keine verzweifelte Folgen nach
ziehen, da die Franzosen nach dem Rückzuge auf die zweiten
Linien den Deutschen furchtbaren Widerstand entgegensehen
könnten. Man brauche also keine Beforgnis zu hegen.

Der militärische Mitarbeiter der "Basler Nachrichten"
äußert sich in einer Uebersicht über die Ereignisse der letzten
Wochen auch über die Rundgebung der französischen Kammer
gegen den General Joffre und bemerkt dazu: "Nicht ohne
Bedeutung scheinen die mehr oder weniger verletzten Angriffe
auf den französischen Stabskommandierenden zu sein. Was
General Joffre geleistet hat, kann jetzt noch nicht richtig be-
urteilt werden. Wenn er auch nicht als einer der größten
Feldherren in der Geschichte fortleben wird, so hat er sich doch
unbestreitbare Verdienste um sein Land erworben. Hält er
den unverantwortlichen Politikern zum Opfer, so wird es
immer noch fraglich sein, ob der dann kommende jetzt noch
ungenannte neue Mann im Stande ist, die alte Widerstand-
kraft der deutschen Truppen zu brechen. Auch unter einem
neuen Generalkommando wird die Kampftätigkeit der Ein-
tentheere auf dem westlichen Kriegsschauplatz unter dem
großen Uebel leiden, daß es dort zwei Stabskommandierende
gibt, wo nur ein fester Wille herrschen sollte. Dieses kann
weder durch den guten Willen des Zusammenarbeitens noch
durch Konferenzabschlüsse erlist werden."

Allen diesen Betrachtungen ist die Unsicherheit infolge
des erfolglosen deutschen Vorgehens eigen. Die Unsicher-
heit ist aber bereits eine Vorstufe zur Nachgiebigkeit, die den
tapferen Franzosen sicher keine Schande macht.

Die letzten französischen Parteitagsbeschlüsse.

Am 9. April tagte bekanntlich in Paris der Nationalrat
(Auschuß) der französischen sozialistischen Partei. Nach An-
hörung der Berichte über die Parteifinanz und über die
Lage der "Humanité", berieten die Delegierten über die
Frage der Wiederaufnahme der internationalen sozialistischen
Beziehungen. Es lagen zwei Resolutionen über diese Frage
vor: die Mehrheit sprach sich — trotz der deutschen Minderheit
— gegen eine Wiederaufnahme der Beziehungen aus, bis die
verschiedenen sozialistischen Parteien der kriegführenden
Länder allgemeine Kongresse abgehalten und sich über die
Kriegsprobleme sowie über die Frage der Verantwortlichkeit
für die Entfesselung des Kriegs ausgesprochen haben. Mit
einem Worte: die Mehrheit der französischen Partei ver-
harrte auf ihrem Standpunkte vom Dezember 1915. Die
Minderheit hingegen war für die sofortige Einberufung einer
Volksversammlung des Internationalen Sozialistischen Bu-
reaus. Die Mehrheitsresolution wurde bekanntlich mit 1906
gegen 960 Stimmen und 12 Enthaltungen angenommen. Die
Minderheitsresolution vereinigte auf sich nur 960 Stimmen.
Die Mehrheit sprach sich ferner gegen jede Parteipaltung aus
sowie gegen die Beteiligung an der Zimmerwalder Konferenz.

Schon am 5. April 1916 nahm der französische Parteivorstand eine Resolution an, die die Genossen ermahnte, keine Sonderorganisation zu gründen. Diese Warnung zeigt, daß Serbo recht hatte, indem er auf die Möglichkeit einer Spaltung hinarbeitete.

Zum erstenmal kann jetzt eine wörtliche Uebersetzung des beiden Beschlüsse gegeben werden. Sie lauten:

I. Mehrheitsbeschluss.

Der Nationalrat der sozialistischen Partei erklärt seine Entschlossenheit, gemäß dem vom Parteivorstand vom 23. Dezember 1915 ihm erteilten Mandat, seine Anstrengungen in der nationalen Verteidigung fortzusetzen, sowohl zum Schutze des angestrebten und überfallenen Frankreichs wie zur Wiedereinnahme Belgiens und Serbiens in die Rechte freier und unabhängiger Nationen.

Nach einer Untersuchung der Frage, ob Anlaß vorhanden ist, die internationalen Beziehungen in ihrer Selbstständigkeit wieder aufzunehmen, erklärt der Nationalrat, indem er die Resolution vom 23. Dezember 1915 auslegt und anwendet, daß die damals aufgestellten Vorbedingungen noch nicht eingetreten sind.

Der Nationalrat nimmt zur Kenntnis, daß sein Bureau im regelmäßigen Verkehr stand mit dem Sekretariat des Intern. Soz. Bureau, das durch den Bürger Guymans vertreten ist.

Er stellt fest, daß die Beziehungen zwischen dem Intern. Soz. Bureau und dem Parteisekretariat vollkommen loyal waren und anerkennt die verdienstvollen Anstrengungen des Genossen Guymans, seiner Aufgabe gerecht zu werden.

Der Nationalrat nimmt gleichfalls zur Kenntnis, daß das feste Ansehen einer besonderen Minderheit in Deutschland geeignet ist, im Sinne der Resolution vom 23. Dezember 1915 „die Freiheit abzulösen“, in welcher die internationale Aktion des Sozialismus von neuem auf festen und klaren Grundlagen für das Wohl der Völker sich wieder vollziehen können.

Der Nationalrat legt jedoch dem Vorstand des Intern. Soz. Bureau nahe, daß schon abgesehen von den moralischen Bedingungen, die der Monarch der sozialistischen Partei am 23. Dezember 1915 aufgestellt hat, keine Veranlassung des Bureau Geltung haben oder wünschenswert sein kann, solange die verschiedenen Sektionen der Internationale sich nicht zu einem nationalen Kongresse vereinigt haben werden. Es ist wichtig, daß sie, ebenso wie die französische sozialistische Partei getan hat, öffentlich und genau ihre Ansichten kundgeben über die Fragen, die der Krieg gestellt hat, und insbesondere über die Verantwortlichkeit für dessen Ursprung und über die Garantien, die der Sozialismus verlangen und auferlegen muß, um einen dauerhaften Frieden zu erhalten.

Der Nationalrat ist überzeugt, daß der Friede schwere wirtschaftliche Fragen stellen wird und ist der Ansicht, daß die sozialistischen Parteien der kriegführenden und neutralen Länder schon vorher an die Untersuchung dieser Fragen herangehen sollen, um Lösungen zu finden, die die Leiden der Arbeiterklasse nicht verschlimmern, sondern sie erleichtern sollen. Der Nationalrat beschließt ferner, diese Frage nunmehr auf die Tagesordnung seiner Versammlungen zu setzen.

Der Nationalrat beschließt schließlich förmlich die folgende vom Verwaltungsausschuß (C. A. B.) in seiner Sitzung vom 5. April gefasste Resolution:

Der Verwaltungsausschuß erinnert die Parteigenossen daran, daß durch die Gründung von inneren Parteiorganisationen, die mit den Satzungen der Verbände nicht in Einklang zu bringen sind, ebenso wie durch den Anschluß an eine andere politische Organisation, sie sich in einem Gegensatz zu den Parteistatuten stellen, deren Strafbestimmungen sie sich hierdurch aussetzen würden.

Der Nationalrat zeigt seinen Mitgliedern an, daß dieselben Verhaltensregeln sich auch auf das Verhältnis zum Intern. Soz. Bureau beziehen und daß die Partei keine Beziehungen haben wird mit einer Körperschaft, die aus der Zimmerwalder Konferenz hervorgegangen ist. Er erhebt Einspruch gegen den Versuch, ein anderes Bureau an Stelle des Brüsseler zu setzen, das infolge des deutschen Angriffs gezwungen war, nach dem Haag zu überziehen.

II. Minderheitsbeschluss.

Der Nationalrat nimmt Kenntnis von den Anstrengungen, die der Bürger Guymans im Namen des Sekretariats des Intern. Soz. Bureau gemacht hat, um die internationalen Beziehungen zwischen den Sektionen wiederherzustellen.

Er billigt die Haltung Guymans und der Genossen des Bureau, die von den meisten einmütig angenommenen Grundsätzen und unabweisenden Vorschriften der internationalen Kongresse diktiert ist.

Er konstatiert den Anschluß fast der ganzen Mitgliedschaft der Parteien, die die sozialistische Organisation des Proletariats aller Länder bilden.

Er erteilt dem Verwaltungsausschuß das Mandat, eine günstige Antwort zu geben auf den Appell des Sekretärs des Intern.

Soz. Bureau), um der Arbeiterinternationale Kraft und Leben wiedergzugeben.

Der Nationalrat ist überzeugt, daß es dem Sozialismus, treu seiner hohen Sendung und getreue auf die Resolutionen von Stuttgart, Kopenhagen und Basel, gelingen wird, zwischen den verschiedenen Sektionen der kriegführenden Länder eine Einigung über die Friedensbedingungen zu erzielen, die als Grundlage für ihre künftigen Aktionen dienen werden.

Danach ist der scharfe Gegensatz zwischen den zwei Richtungen innerhalb des französischen Sozialismus ganz klar formuliert: Die Minderheit will eine bejahende Antwort auf sofortige Verhandlungen über den Frieden innerhalb der Arbeiterinternationale, also die Teilnahme der französischen Partei an einer internationalen Verständigungskonferenz. Die Mehrheit aber macht Ausflüchte, die den Einfluss der Regierung nur zu deutlich verraten. Sie verlangt, ehe sie sich zur Teilnahme an solchen Besprechungen entschließt, die Einberufung von Parteitagungen durch sämtliche Parteien der verschiedenen kriegführenden Länder. Diese sollen erst sprechen, wenn man wissen, was die sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder denken und wollen. Da nun aber die französische Parteimehrheit weiß, daß diese Forderung unter dem Kriegszustande nirgends zu verwirklichen ist, so setzt sie sich dem Vorwurf aus, einen Vorwand geradezu gesucht zu haben, um die Teilnahme der Führer der internationalen Arbeiterbewegung zu verhindern.

Störungen im Schiffsverkehrsverkehr unserer Gegner.

Am 16. April ist der Passagierverkehr zwischen Frankreich und England über Dieppe aufgehoben. Er verkehrt nur noch auf der Linie Havre-Southampton.

Das Berliner Bureau der Holland-Amerika-Linie teilt der Presse mit, daß die Dampfer der Holland-Amerika-Linie von jetzt ab von Rotterdam nach New York über Schottland fahren, ohne einen englischen Hafen anzuliegen.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ teilt mit, daß ein ernstlicher Stillstand im Schiffsverkehrsverkehr nach den niederländischen Kolonien einzutreten drohe. Die Dampfschiffahrtsgesellschaften „Nederlands“ und der Rotterdammer „Alond“ würden vor Ende des Krieges kein neues Schiff mehr auf die Fahrt wagen. Sieben große Schiffe seien bereits aufgelegt und würden, soweit sie nicht unterwegs seien, keine weitere Fahrt mehr machen. Die Schiffe würden dann nach ihrem Sachwert mit einem Surplus veräußert, der Marktwert jedoch sei ungefähr dreimal höher. Die Gesellschaften würden den Dienst nach Indien einweisen mit kleineren Schiffen unterhalten, wenn die Regierung einen Teil des Versicherungsrückfalls übernehme.

Der Mangel an Schiffraum.

Die „Times“ veröffentlicht einen Artikel ihres Marinefachverständigen. Hieraus geht hervor, daß Churchill im Februar 1915 erklärt hat, daß 20 Prozent des gesamten Schiffsraumes der Handelsmarine von der Admiralität requiriert worden war. Weitere 5 Prozent Abzug resultierten aus der Internierung englischer Schiffe in feindlichen Häfen und aus den normalen Schiffsverlusten. Im gegenwärtigen Augenblick beträgt jedoch der von der Admiralität beschlagnahmte Seeraum etwa 50 Prozent. Hierzu kommen noch 5 Prozent Kriegsverluste von Internierung und normale Verluste, jedoch lediglich 40 Prozent für die Rauffahrt übrig bleiben. Die Bedürfnisse der Admiralität waren hauptsächlich durch den Golfkriegszug und den Feldzug in Mesopotamien so stark gesteigert worden. Lauter berichtet, daß im Jahresviertel Januar bis März 1916 421 Schiffe mit 1.223.435 Tonnen Inhalt im Bau waren. Mit dem Bau dieser Schiffe geht es jedoch nur sehr langsam vorwärts. Die Regierung hat zugesagt, daß ein Drittel der etwa 1½ Millionen Tonnen Schiffsraum, die im ganzen im Bau sind, in ihrer Herstellung beschleunigt werden soll. Aber auch dies, sagt die „Times“, ist ungenügend, um den dringenden Bedürfnissen des Augenblicks abzuhelfen. Die größte Schwierigkeit liegt eben an dem Mangel an Arbeitskräften, denn die

Arbeiter für die Kriegsschiffe haben naturgemäß den Vorrang.

Beschlagnahme der holländischen Post.

Zur Aufklärung an das Memorandum der britischen und der französischen Regierung über die Beschlagnahme der holländischen Post hat die holländische Regierung am 11. April an die genannten Regierungen ungefähr gleichlautende Noten gesandt, in denen erklärt wird, daß die holländische Regierung niemals für die Beschlagnahme der Postrechte verantwortlich ist, die die Konvention von 1907 betreffend den Postverkehr zwischen den Nationen in Kriegszeiten Bannware mit der Post verhandelt werden könnte, habe bereits 1907 bestanden. Trotzdem habe die zweite Friedenskonferenz deren Unverletzlichkeit anerkannt. Die Note protestiert weiter gegen die Beschlagnahme der holländischen Post und Verordnungen, die von holländischen Eigentümern nach Nord- und Südamerika, Spanien, Portugal und Japan verbannt wurden. Die holländische Regierung erwartet die Rückgabe dieser Poststücke und behält sich das Recht vor, Schadensersatzung für Verluste zu beanspruchen. Die den Eigentümern dieser Sendungen infolge der ungesetzlichen Maßnahmen der britischen Behörden entstanden sind.

Deutsch-rumänisches Handelsabkommen.

Bukarest, 16. April. (R. A.) „Siborul“ veröffentlicht den Wortlaut des Abkommens zwischen Deutschland und Rumänien über den Warenverkehr zwischen den beiden Ländern mit dem Zweck, daß die Schwierigkeiten beseitigt werden, die in letzter Zeit als eine Folge des europäischen Krieges in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien sich eingestellt haben. Zwischen beiden Ländern ist ein Abkommen getroffen worden, nach dem beide Länder in den Grenzen der Möglichkeit die gegenseitige Ausfuhr jener Waren erlauben werden, die sie entbehren können. Kompensationen werden abgefordert. Für die Durchführung des Abkommens wird folgendes bestimmt:

Die rumänische Zentralkommission für die Einfuhr erlaubt in Berlin ein Bureau, das mit der Zentral-Einfuhr-Gesellschaft arbeitet. Die J. C. G. errichtet in Bukarest ein besonderes Bureau unter dem Namen „Deutsche Einfuhr J. C. G.“, das mit der rumänischen Zentralkommission Fühlung haben soll. Der Zentralfiskus in Rumänien, welcher Waren aus Deutschland beziehen will, wird sich vorerst bei der Zentralkommission des rumänischen Bureau in Berlin erkundigen, ob diese Waren für die Ausfuhr frei sind. Darauf kann er unmittelbar bei den deutschen Zollämtern bestellen. Die Verkäufer verlangen jedoch von der J. C. G. die Bewilligung zur Beförderung. Das rumänische Bureau in Berlin gibt die Bewilligung zur Einfuhr nach Rumänien. Rumänische Industrielle und Kaufleute, die Waren ausführen wollen, erhalten die Ausfuhrbewilligungen von der rumänischen Zentralkommission für die Einfuhr. An diese können sich auch die deutschen Importeure durch Vermittlung der J. C. G. oder deren Bureau in Bukarest wenden. Die Transporthilfe wird von dem Bureau der J. C. G. in Bukarest erteilt. Die Zentralkommission und die J. C. G. werden sich zeitweise Listen der Waren zu, die für die Ausfuhr verfügbar sind.

Um die Beförderung zu beschleunigen, wird ab 1. Mai im Eisenbahnen mit den österreichisch-ungarischen Eisenbahnen ein besonderer Eisenbahnverkehr zwischen Deutschland und Rumänien eingerichtet. Die Abfertigung und Verteilung der Waren, sowie die Erhebung der Zollformalitäten liegt der Zentralkommission und der J. C. G. ob. Kriegsmaterial bildet im Sinne des Abkommens keinen Handelsgegenstand.

Es hat eine Beratung stattgefunden, in der beschlossen worden ist, daß täglich 35 bis 40 Wagen mit deutschen Waren über Budapest eintreffen werden und mit rumänischen Waren gefüllt, jedoch nicht mit Getreide, wieder abgehen. Für Rumänien bestimmte deutsche Waren werden in Mailand, Viena und Regensburg gesammelt. Für die „Carmen“ genannten Warenbesätze aus Deutschland wird ein direkter Tarif eingerichtet werden.

Wie der Sozialist „Quennil“ aus kompetenter Bukarester Quelle erfahren haben will, ist überhaupt zwischen dem Ministerpräsidenten Brătianu und dem Führer der Konföderation der Rumänen über die auswärtige Politik Rumäniens eine Einigung zustande gekommen.

Der Widerhall der Kanzlerrede in Rußland.

Noch immer laufen aus Petersburg, so jetzt wieder in Dnepropetrowsk, „Frankf. Ztg.“, Neuierungen der russischen Presse über die letzte Kanzlerrede ein. Sie muß im Lichte einen tiefen Eindruck gemacht haben.

Die Reden für alle Kriegsgefangenen vor dem Umsturz der holländischen Post, so ist es klar, daß sich diese auf Kosten der armen Kriegsgefangenen nach in letzter Stunde schamlos bereichert haben. Es waren dies Oberleutnant Nadomir N. Sabamarski und Hauptmann erster Klasse Jakob Leber. Nach diesem Transport und den Vorlesungen in Serbien kann man wohl sagen, daß von den österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen in Serbien kaum mehr als 20 Prozent am Leben bleiben.

Post und Geldverkehr.

Viele Kriegsgefangene litten schon im Januar um Geld und suchten es sich durch das amerikanische Monopole oder durch die französischen Banken zu verschaffen. Das Geld aus der Heimat wurde auch geschickt, aber es dauerte bis zum Mai, ehe jemand davon hatte, es den Kriegsgefangenen zuzuführen. So mußten viele Leute sterben, die zu Hause Verwandten haben und für die ein paar Kronen die Rettung gewesen wären. Nur der Verkehr der Geldsendungen über die Österreichisch-ungarische Post war funktionierend innerhalb der Grenzen, weil das Geld nicht den Gefangenensammlern zuging, wo es hauptsächlich unterlag, sondern den Adressierten.

Behandlung und Strafbefehl.

Behandelt wurden die Gefangenen als rechtslose Sklaven, über die jeder nach Belieben schalten und walten konnte. In fortwährender dem Gebrauch fand ein ausgedehntes System geförderter Lager. Diesen führte jeder serbische Landsturmann, jeder Unteroffizier und viele Offiziere, die willkürlich auch über den Kopf schlugen und bedenkliche Wunden erzeugten. Sogar die Amerikaner protestierten nutzlos gegen diese Grausamkeiten. Man verließ sich auf die im Jahre eingeführte Strafbefehl. Die Strafe wurde für den geringsten Verstoß an Ort und Stelle erteilt und von einem Gefangenendame oder von verurteilten Rumänen vollzogen. Auch die serbischen Offiziere scheuten sich nicht, die Verurteilung selbst auszusprechen. Strafbefehle ins Gefängnis, Strafbefehle in die Strafkolonie, Strafbefehle mit Gefängnis und Holzprügeln waren an der Tagesordnung. Besonders mit Schlägen gequält wurden die in der Nacht eingekerkerten und solche Kriegsgefangenen, die schlechte Arbeit geleistet hatten. Die Gefangenen wurden von Reichsgerichten geurteilt und es gab Urteile von 3 bis 17 Jahren Kerker. Bei der Urteilsverkündung wurde das Verhörprotokoll von 8 Diner eingelesen, und sie wurden wie gemeine Straflinge behandelt.

Das Strafbefehl aber geschah mit der armen Mannschaft, die während des Transports durch Albanien nicht mehr weiter kommen konnten. Von den serbischen Soldaten und besonders von den Verbänden wurden diese Namen durch Kolbenstöße und Keulenstöße so stark gequält, bis sie zusammenbrachen. Ohne Schuhe und ohne Decken mußten sie hundertmal während der großen Hitze und der mörderischen Schweiß den Weg über die albanischen Gebirge zurücklegen. Ja es geschah, daß die Kommandanten ein Vergnügen, die unglücklichen Häftlinge bei dem größten Schweiß aus der Erde zu schürfen, die schon wochenlang nichts zu essen bekommen hatten.

Seuilleton.

Die Behandlung der österreichischen Kriegsgefangenen in Serbien.

Ein Bericht des österreichischen Einjährig-Wehrwilligen, Mediziners Oberleutnant Karl Günther, der jetzt von der österreichischen Regierung bekannt gegeben wird und vor einigen Tagen kurz telegraphisch erwähnt wurde, schildert den Massenmord, den Serben an österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen ausgeführt haben. Der Einjährig war in Gefangenschaft geraten und wurde als Mediziner im serbischen Hauptspital Rijah verwendet.

Vorgang bei der Gefangenennahme.

Verletzte österreichisch-ungarische Soldaten in Gefangenschaft, so wurden sie von den serbischen Soldaten und Zivilisten gemein und menschenunwürdig behandelt. Alle wundenbaren Auswundungsgegenstände, ja sogar Mäntel, Hosen und Schuhe, besonders aber Wertgegenstände wurden ihnen abgenommen. Wer in Verdacht kam, Iste und Geld versteckt zu haben, wurde zur Folter genommen und unter Drohung sofortiger Erschießung verurteilt. An diesem Vorgang beteiligten sich teilweise auch serbische Offiziere. Bei Verurteilungen lachten diese meistens und schafften niemals Abhilfe. Einige serbische Offiziere machten sich den Spott, die Kriegsgefangenen reihenweise aufzustellen und zu erschlagen.

Unterbringung der Gefangenen.

Zur Unterbringung der Gefangenen in Rijah wurden Ställe, Magazine und Schuppen herbenutzt. In Räumlöchern, die höchstens für 5000 Mann eingerichtet hätten, waren 20 000 Gefangene zusammengepfercht. In einem Stall für 90 Pferde waren gegen 2000 Menschen untergebracht. Hunderte mußten während des Dezembermonats im tiefsten Kot und in der größten Kälte wochenlang die Nächte im Freien verbringen. Dazu reichte es fast unzureichend. Erst nach Weihnachten wurde es etwas besser. In Rijah blieben nur 8000 Mann in den Ställen und Schuppen zurück. Wie diese Räume aussehend, läßt sich nicht beschreiben. Seit einem halben Jahr schliefen in ihnen Tausende, nie wurden sie geäubert, auch nicht einmal wurde etwas frisches Stroh gegeben. Sie stanken förmlich vor Schmutz und der Boden und die Futtertröge, Holzpreise und Wände nimmekten der Säuren. Diese schrecklichen Unterhaltsverhältnisse herrschten aber nach Ankunft der Dezembergefangenen in ganz Serbien. Überall waren die schmuddigen und häßlichen Ställe gut genug, um die Gefangenen zu beherbergen. Die damaligen Kommandanten kümmerten sich in keiner Weise um das Wohl der Gefangenen, ja es schien, daß man möglichst viele von den verhaßten „Schwaben“ umkommen lassen wollte. Auch das serbische Rote Kreuz sowie die fremden Missionen sahen diesem Treiben regungslos zu. Erst als der Mediziner, der natürlich bei den Gefangenen den ge-

eigneten Boden zur raschen Ausbreitung fand, auch überall bei der Niederlegung und in den Spalten ausbrach, ergriß man einige Gegenstände. Jetzt erst hörte man auf die Vorstellungen der österreichisch-ungarischen Ärzte, verteilte die Gefangenen im Versteck und schaffte eine bessere Ernährung und Pflege, wodurch die Sterblichkeit auf ein Minimum sank. Ein eigenes Gefangenenspital wurde nicht errichtet. Die Wundpflege wurde einfach in Baisallonen und Kompressen erledigt, ohne daß ein Unterschied der Charge oder bei den Einjährig-Wehrwilligen oder Kadetten gemacht wurde. Als Unterkommandanten funktionierten Rindvieh der Landbesitzer ohne Rücksicht auf die Charge.

Verwendung der Gefangenen.

Verwendet wurden die Gefangenen wie Sträflinge zu den schmutzigsten und niedrigsten Arbeiten, darunter auch zum Sammelreinen, ohne Rücksicht auf Anstand und Charge. Gegen jedes Forderrecht schreute man sich aber auch nicht, zahlreiche Gefangene dienten an der Front zu Schanzarbeiten herangezogen. Im Januar und Februar, in denen man in Serbien eine neue Offensive beabsichtigte, mußten einige tausend Gefangene im Morabatal, bei Baljevo und in mehreren anderen Stellungen ausheben. Geleitete Arbeiter und Handwerker mußten harte Arbeiten in feindlichen und feindlichen Betrieben verrichten. Die meisten mußten auf den Feldern schwere Arbeit leisten und gingen durch die überlange Arbeitszeit, den Mangel an Verpflegung und an Aufheben zu Tausenden zugrunde. Nur für die Arbeiten an der Eisenbahnstrecke Rijah-Anagorac wurde eine Wohnung gezahlt, sonst mußte alle Arbeit unentgeltlich geleistet werden, wie von Sklaven. Erst nach Monaten wurden die Arbeitszeit und Ruhezeit festgelegt.

Strafbefehl.

Die Verpflegung wurde überall vom Disziplinärkommandanten bestimmt und war daher äußerst mangelhaft. Täglich sollte ein Minimum Brot und zweimal warme Menagen verabreicht werden. Diese Verpflegung blieb jedoch meist auf ein Minimum beschränkt, so daß Tausende infolge der Unterernährung zugrunde gingen, wenn sie sich eine Zeitlang und für sich leichte Bekleidung zogen. Wie die österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen durch Albanien weiter verschleppt wurden, hörte jede regelmäßige Verpflegung auf, und das mit 1 Dinar 50 Para feinste Verpflegungsgeld wurde auf die Hälfte herabgesetzt. Der Haupttransport der österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen mochte am 17. November 1915 von Belgrad nach Rijah und nur für einige Tage Brot mitgeliefert kommen. Auf dem Wege bis Rijah bekam jeder Mann am 10. November drei Kilo Gramm Kaffeebrot mit einem Kilo Gramm Zucker, während am 11. November in Rijah sechs Kilo Gramm, am 20. November in Zadar anderthalb Kilo Gramm Brot und am 2. Dezember in Sluga ein Kilo Gramm Kaffeebrot. Nach serbischem Maßstab berechnet, hat man also für einen Kriegsgefangenen in 15 Tagen 2 Dinar ausgegeben. Bei dem geringen Preis kostete das Brot also nur 1 Dinar, so daß die Kommandanten des Transports die besten Ver-

Russija Bichomosti" bezeichnen die Kanzlerrede als eine Parade der deutschen Einigkeit gegen die durch den Abgang von Tirpitz hervorgerufenen Gerichte von der Spaltung der deutschen Regierungskreise. Zum ersten Mal wurde das beabsichtigte Rollbündnis, das die Mittelmächte zu einer richtigen Nacht verschmelzen solle, amtlich angekündigt. Die Formel habe zwar sehr unbestimmt geklungen, sei aber dem Reichstag wohl verständlich gewesen. Scheinbar seien auch die Parteien der Rechten mit dem Gesamtbild der deutschen Forderungen, die die künftige Entwicklung Deutschlands sichern sollen, zufrieden gewesen. Durch die Erklärung zum Tauchbootkrieg sei wenigstens vorläufig auch die Unruhe für den Reichstag erledigt, wobei natürlich auch die Beunruhigung mitgewirkt habe, die Deutschland über die Pariser Konferenz ergriffen habe. Wehmann sei es eingefallen, Drohungen gegen Russland auszusprechen, das er zur Verantwortung ziehen wolle, sowie zu verkünden, daß Deutschland eine Zurücksetzung der Flamen nicht zulassen werde. Dadurch habe der Kanzler die Wera eines neuen Räterechts angekündigt. Wenn Deutschland siege, werde also das Deutsche Reich den Schutz aller im Ausland lebenden Deutschen beanspruchen, etwa 15 Millionen.

„Rustojer Slomo“ meint, trotz des bräutlichen Tones der für anspruchsvolle Zuhörer zugeschnittenen Rede seien die Ziele bedeutend gemäßigter als vor Monaten.
„Utro Rossij“ meint, es werde dem Kanzler nicht gelingen, Kunden in seinen Reden zu locken. Nicht alle Verkäufer, sondern die Käufer würden den Preis des Friedens festsetzen. Sicherlich werde das künftige Europa dem jetzigen nicht gleichen. Deutschland müsse einen beiderseitigen Platz in der Familie der europäischen Völker zugewiesen erhalten. Der Kanzler breche von einer Befreiung der durch das reaktionäre Russland unterdrückten Völker. Man habe derartiges von dem Vertreter des reaktionären Preußen nicht erwartet.
In der Wochenübersicht kommt „Reich“ auf die Kanzlerrede zurück. Die vorstehend gemachten Ausdrücke hätten dazu geführt, daß im Reichstage sowohl Spahn wie Ebert, Anhänger wie Gegner der Annexionen, sich mit ihr einverstanden erklärt hätten. Ihren Beilen nach sei aber die Rede eine verhängnisvolle Bestätigung seiner alten Stellungnahme. Man könne einen gewissen unheimlichen Ton hinter dem Ruse der Verzweiflung nicht leugnen. Der Rückzug Bethmanns, wenn es einer gewesen ist, sei markiert nach allen Regeln der deutschen Strategie. Gleichzeitig meint „Reich“, die Mobilisierung in Holland sei wahrscheinlich gegen Deutschland gerichtet gewesen. Die Verschärfung des Tauchbootkrieges und die Erklärung Schwedens über die Gefährdung der Dänen in der Nähe der Alandinseln biete eine gewisse Erklärung für die Stimmung in Holland, wenn auch vielleicht andere bisher unbekannte Gründe mitgespielt hätten.
Wenn das die westliche Sprache der russischen Presse ist, und nach den mangelhaften Misserfolgen der russischen Operationen gegen die deutschen Linien ist das begreiflich, so läßt sich auf eine Ermattung in Russland schließen, die nicht für eine leidenschaftliche Fortsetzung des Krieges spricht.

Zur deutschen Lebensmittelorganisation.

Die Fleischkarte in Baden.
Die Fleischkarte in Baden wird erstmalig auf vier Wochen, und zwar auf die Zeit vom 1. bis 28. Mai, ausgedehnt. Sie lautet vorläufig auf 3200 Gramm und enthält neben der Stammkarte 18 Fleischmarken zu je 100 Gramm, 20 zu je 80, 8 zu je 25 Gramm und 10 zu je 20 Gramm. Mit Ausnahme der Kinder im Alter bis zu zwei Jahren erhält jede im Großherzogtum Baden ansässige Person eine Fleischkarte. Kinder vom 2. bis 6. Jahre eine halbe Fleischkarte. Keine Fleischkarte erhalten Angehörige eines Haushaltes, in welchem Vorräte aus Hausfleischungen vorhanden, also in der Hauptstadt die ländliche Bevölkerung. Für die in Baden lebenden Truppendeile, sowie für die Lazarette, Anstalten und Krankenheime kann Fleisch gegen Ausstellung einer besonderen Bescheinigung geliefert werden. Bezüglich der Ver-

teilung des Fleisches durch Fleischmarken ist bestimmt: Es sind abzugeben für 100 Gramm Fleisch jeder Art ohne Knochen, Schinken und Dauerwurst Fleischmarken in Höhe von 125 Gramm, für 100 Gramm Herz, Leber, Fleischwurst usw. Marken zu 70 Gramm, von allem übrigen Fleisch, Speck, Dörrfleisch und Wurst zu 100 Gramm. Für die Gast- und Speisewirtschaften sind besondere Bestimmungen erlassen worden. Die Personen, welche sich nicht dauernd in Baden aufhalten, bekommen Tages-Fleischmarken zugewiesen, lautend auf 150 Gramm für Erwachsene und 80 Gramm für Kinder.

Freisprechung.

Wegen Beleidigung von Beamten der städtischen Kartellverkaufsstelle in Reuß war Genosse Müller, als Verantwortlicher der „Tüßeldorfer Volkszeitung“ angeklagt. In der fraglichen Kartei war die Kartellverkaufsstelle falschlich freigesetzt und beleidigt worden, dieses System führe zur Benachteiligung der ärmeren Konsumenten. Darin wollte die Anklage den Vorwurf der absichtlichen Beleidigung der Kartellverkaufsstelle erblicken. Das Gericht erkannte auf Freisprechung.

Agarische Gewinne.

Die agrarischen Gewinne im Reichstag werden nicht müde, immer wieder zu versichern, daß die Landwirtschaft in diesem Kriege enorme Opfer bringen muß. Den Beweis dafür zu liefern, haben sie bisher wohl nur aus Mangel an Zeit unterlassen. Wenn man allerdings die Geschäftsberichte der landwirtschaftlichen Genossenschaften betrachtet, dann wird es einigermaßen schwer, an den Optimismus zu glauben, denn man findet nur glänzende Gewinne. Das lehrt z. B. gerade jetzt wieder der Geschäftsbericht der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft in Hannover. Dem „Berliner Tageblatt“ wird darüber aus Hannover geschrieben: „Diese Genossenschaft hat im Geschäftsjahr 1915 einen Umsatz erzielt, der auf das Dreifache des vorausgehenden Jahres stieg, und diesem Umsatz entsprach auch der Gewinn. Unter anderem war der Genossenschaft die Ausführung eines Schweinefleischvertrages, den die Landwirtschaftskammer für die Provinz Hannover abgeschlossen hatte, übertragen worden. Es handelte sich hierbei um die Lieferung von Futtergetreide an die Mäster, die ihrerseits die entsprechenden Schweine zu liefern hatten, einen Auftrag, welcher der Genossenschaft sehr erheblichen Gewinn brachte. Zurzeit ist die Genossenschaft mit der Abwicklung eines zweiten Schweinefleischvertrages beschäftigt. Hierbei erfolgt die Lieferung der Schweine in industriemäßige Bezirke des Westens und Südwestens der preussischen Monarchie. In den Kreisen Hameln, Albedun, Giffhorn und Reinsdorf a. N. wurde der Genossenschaft der launischweise Ankauf des Getreides für die Reichsgesellschaft übertragen. Weiter erfolgte die Übertragung der Geschäftsführung und Finanzierung des Versorgungsverbandes für Futtermittel für die Provinz Hannover. Die mit 6510 000,33 Mark abschließende Bilanz ergibt nach den statutenmäßigen Abrechnungen u. v. einen Reingewinn von 2217 101,51 Mark, wovon für Kriegsgewinnsteuern (einschließlich 1914) 143 000 Mark abgezogen sind, so daß 1 074 101,51 Mark verbleiben.“
Derart glänzende Gewinne sind im Frieden sicher nicht gemacht worden.

Reichsteuern und Parteiposition.

Wichtiger als manche Erklärungen und Gegenerklärungen, welche die Reichsteuern und Minderheiten gewechselt werden, erscheint uns die Frage, wie sich die neue Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft zu dem Steuerkampf der sozialdemokratischen Fraktionen stellen wird, in dem es sich doch um sehr wichtige praktische Klasseninteressen der deutschen Proletariats handelt. Wir haben der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß sich in diesem Kampfe die Möglichkeit eines Zusammenschlusses zwischen der großen und der kleinen Fraktion ergeben werde und haben die ersten Anzeichen eines Auseinanderstrebens auch in dieser Frage schon kritisiert. Die „Bremer Bürgerzeitung“ ist anderer Ansicht. Sie ist auch in diesem Fall für den Kampf der Fraktionen untereinander bis zum Aufheulen. Gegen einen Artikel des Genossen Stamper polemisierend, schreibt sie:
Selbstverständlich ist weder Verheimlichung (wie er selbst schon sagte), noch ein sonstiges Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Gegner der Reichsteuern. Die Arbeitsgemeinschaft muß aber gegen jeden Antrag sein, der der Begleichung eine von ihr nicht geforderte Steuer aufzwingen will, nicht auch, sondern erst recht, wenn er von sozialdemokratischer Seite kommt. Denn gerade im letzten Falle kann

er die Massen nur über den Mangel an der nötigen eigenen Macht und über die Aufgaben sozialdemokratischer Steuerpolitik hinwegtäuschen. Und schließlich soll seine Annahme der sozialdemokratischen Staatsmänner doch auch nur die schärflich erwünschte Möglichkeit bieten, erneut für den Reichschat steuern zu können. Von alledem zu reden, hülft sich Stamper natürlich. Die Konstatierung der Ohnmacht der Sozialdemokratie, wenn sie daran geht, mehr zu machen, was die Dänen und ihre gleichen den Massen in den Fragen der Steuerpolitik glauben zu machen suchen, würde ja das ganze Kartenhaus der politischen Mitarbeit jener sozialdemokratischen Staatsmänner über den Haufen werfen. Dazu kommt noch daß die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft die gegenwärtigen Steuerentwürfen um ihres Zweckes willen insgesamt ablehnen muß, will sie nicht inkonsequent handeln und sich um den Kredit bringen, den sie bei den Massen erlangen will.

Also die „Bremer Bürgerzeitung“ ist zwar selbstverständlich „keine Gegnerin der Reichsteuern“, sie ist aber ebenso selbstverständlich für die Ablehnung der Reichsteuern; und das nennt sie Konsequenz! Wir möchten noch immer die Forderung nicht aufgeben, daß die „Bremer Bürgerzeitung“ mit ihrer merkwürdigen Ansicht auch innerhalb der Minderheit nur eine Minderheit repräsentiert und daß in der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft das praktische Klasseninteresse des Proletariats über absurde theoretische Spitzfindigkeiten den Sieg davon tragen wird. Anderenfalls könnten wir nicht einsehen, wie durch die Bildung der Arbeitsgemeinschaft der künftigen Wiederherstellung der Parteieinheit gedient sein könnte. Die Arbeitsgemeinschaft muß zeigen, daß sie andere Aufgaben und höhere Ziele kennt als das eine, die Ohnmacht der Sozialdemokratie zu konstatieren, indem sie selbst durch Hintertreibung ihrer parlamentarischen Aktion die Ohnmacht der Sozialdemokratie herbeiführen hilft.

Aus der Partei.

Um den „Vorwärts“.
Der Zentralvorstand der Berliner Wahlvereine erklärt jetzt mit Bezug auf die Verträge des deutschen Parteivorstandes, im „Vorwärts“ für eine sachgemäße Vertretung des Reichstagswahlkreises zu sorgen, daß, falls der Parteivorstand von seiner „Reichsde“ nicht Abstand nehme, die Berliner Parteigenossenschaft mit aller Energie ihr Organ von diesem Druck unabhängig zu machen wisse. Er erkläre im Vorgehen des Abg. Fischer einen großen Vertrauensbruch gegen die wirklichen Anhänger der Demokratie und die Berliner Genossen und fordere die nominierten Anhänger der Demokratie, sowie deren Aufsichtsinstitutionen auf, diesen Mißbrauch zu unterlagen und Vorkehrungen gegen eine etwaige Wiederholung zu treffen. Ein Antrag, Fischer seine Stellung als Geschäftsführer der „Reichsde“ zu kündigen, wurde gegen eine kleine Minderheit abgelehnt.

Die Berliner Genossen haben also doch davon abgesehen, den Kampf für die Minderheit, und darum handelt es sich ja nur, auf das persönliche Gebiet zu tragen. Im übrigen sollten sie überzeugt davon sein, daß die überwältigende Masse der Genossen im Lande hinter dem Bestehen des Parteivorstandes steht, der Politik der Mehrheit die Vertretung im Zentralorgan zu verschaffen, die ihr gebührt. Man ist im Lande sogar vielfach der Ansicht, daß der Parteivorstand dem unverantwortlichen Treiben der „Vorwärts“-Redaktion viel zu lange und viel zu geduldig zugehört hat, als es das Interesse der Gesamtpartei vertragen kann.

Eine Mahnung zur Einigkeit.

erläßt der Bezirksvorstand in Dresden in folgendem Aufsatze an die Parteimitglieder: „Die Partei steht in einer schweren Krise, die hervorgegangen ist durch die gegenseitigen Aufstellungen der Sozialdemokraten zum Kriege. Welche dieser gegenseitigen Aufstellungen des Streites die richtige ist, wird der nächste Parteitag zu entscheiden haben. Wir wollen den ausgebrochenen Meinungsstreit nicht unterdrücken, er muß aber in parteigemäßer, sachlicher Form ausgetragen werden; beide Teile sollen ihre Meinungsäußerungen achten. Wir ermahnen daher beide streitenden Teile, alles zu tun, damit die Organisation erhalten und nicht zerstört wird. In dieser Hinsicht verweisen wir auf den Beschluß der letzten Parteivollversammlung, der den Genossen zur Pflicht macht, für die Einheit und Geschlossenheit der Partei einzutreten, alle Störungen und Spaltungsbestrebungen von unseren Organisationen fern zu halten. Wir müssen es daher auf das Schärfste betonen, wenn sich Sonderorganisationen gründen, deren Ziel es ist, die Partei und ihre Aktionen zu bekämpfen; auch die systematische Agitation gegen die Parteipresse ist zu unterlassen. Wo das Bedürfnis zu Diskussionen über die gegenwärtigen Partei-

der Stadt angetroffen wurden, wie sie von mittelständigen Altsoldaten mit Brot und Suppe versorgt wurden, da löste man sie durch die Art, daß sie ins Spital aufgenommen wurden, dorthin und verschickte ihnen statt Brot und Wein auf ihre erkrankten Füße Bismarschläge zu 15 bis 30 Schlägen!

Gesundheitszustand und sanitäre Maßnahmen.

Die eingeschleppten österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen waren meist durch die Entbehrungen und Anstrengungen der Offensivkämpfe erschöpft und unterernährt. Sie litten vor allem an Mangel an Nahrung und Unterhaltungsgehalt. Stets hatten sie in feuchten, schmutzigen Ställen und verfallenen, daß sie nur in den äußeren Hallen an die Spitäler abgegeben werden sollten. Trotzdem waren diese zugestellten Spitäler gleich anfangs mit Kranken überfüllt. Auch in den Spitälern waren noch Ställe zur Unterbringung der Schwerkranken bestimmt. In den Ställen der Sanitätskassen in Riga allein sind mehr als 2000 Kriegsgefangene unter diesen Umständen elend zugrunde gegangen. Ohne die Ställe im mindesten zu reinigen, ohne sie durch solchen Kallantrieb zu desinfizieren, ohne das alle Stroh durch feuchtes zu ersetzen, ohne Ställe und Betten wurden die Kranken in den alten Schmutz gelegt, der von Tausenden Klüften immanente. Das hässliche Geruch der Betten ließ nach dem Ausbruch eines furchtbaren Sanitätszustandes bloß darauf hinaus, daß die Kranken an einem Orte litten, der wenigstens den Namen einer Krankenanstalt trägt. Die Kranken waren vollkommen unzureichend, die Versorgung im Spital war dieselbe wie draußen. Einige hundert Schritte hinter den Spitalgebäude war eine vollkommen offene Latrine gegraben; doch konnten sich die meisten Kranken nicht einmal erheben und gingen so in ihrem eigenen Urin liegen. Unter diesen Umständen wurden aus den Spitälern mehr Tausende, in denen es niemand anhalten konnte. Ohne Sorge wurden die Verstorbenen vor den Augen der übrigen auf Schlenkern verladen und zu den Massengräbern geführt, wo oft bis zu 100 Leichen auf einmal verpackt wurden. Die Händel hier und im anderen Spital in Riga wurden schließlich so arg, daß familiäre Mord- und Mordversuche von Tausenden ergriffen wurden. Auch im zweiten Spital in Riga, dem sogenannten Reservespital Nr. 7, wurden 2000 Kranke, die österreichisch-ungarischen Ärzte selbst mochten im Zentrum eines Hells. Endlich im Mai bekam ein tschechischer Offizier das Spital kommandiert, der die ärmlichen Ställe mit Energie behandelte, und sehr wenig es ohne weiteres, die Ställe einzuräumen und die meisten der kranken Kranken zu retten. Dazu war es aber notwendig gewesen, daß die Ställe auch auf die Zivilbevölkerung übergriffen und dort 4000 Todefälle hervorriefen. Zwar, aber doch wurde das österreichische Hölle-Arena zur Disziplinierung für die österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen zugelassen, das die Entlassung und Sanierung durchführte. Auch die englischen Kräfte und manche russische Kräfte nahmen sich der Kriegsgefangenen ansehnlich an. Von den Verbunden des österreichisch-ungarischen Hölle-Arena nahmen sich die Serben offenbar, was sie brauchten; denn die österr-

reichisch-ungarischen Kriegsgefangenen erhielten nur spärlich kulturelle Hilfe.

In der ganzen Welt werden diese erschütternden Anklagen jeden anständigen Menschen, jedes fühlende Herz erschauern lassen.

Frankfurter Theater.

Aufführung im Neuen Theater: „Thor von Dänen“.
Mit dem Gespielt der Minderheit vom Berliner Deutschen Theater zog am Sonntag und Sonntag ins kleine Haus an der Mainzer Landstraße eine literarische Neuheit. Man spielte ein Schauspiel in vier Akten von Victorien und Hjalmar Bergström. Der erste dieser beiden dänischen Dichter, der gute Romane geschrieben hat, herrschte offenbar die Fabel, der zweite die dramatische Form. Die Fabel dieser Zusammenkunft ist, daß „Thor von Dänen“ ein dramatischer Roman mit allen Schwächen eines solchen geworden ist. Die Fabel beruht auf dem Kollaborat. Die Handlung des „Schau-spiels“ handelt darin, daß eine geistreiche Mutter ihrer 17jährigen Tochter zuleute das Testament des Vaters liest, damit der Tochter und sich das Recht zu verleihe, das sonst eine wohlhabende Stellung hätte werden sollen, oder nachher bei der Verleumdung des Vaters durch einen Weibchen zusammenbricht, als die Tochter die Mutter im Stich läßt und dem geistreichen Mann folgt, hat bei ihr und ihrer Tochter angehört. Die Aufführung der Mutter gegen die bürgerliche Ordnung wird ziemlich oberflächlich damit begründet, daß sie die Gesellschaft nicht mitgekommen hat. Daß sich der Mann von ihr scheiden ließ, findet der tüchtige Zuschauer einigermaßen begreiflich. Dramatisch sind diejenigen Szenen bearbeitet und herausgegriffen, die den künftigen künftigen Effekt versprechen, so die Sterbende des Mannes mit der Begründung des Testaments, die Verleumdung und das Geheimnis vor der Tochter. Das sind gute Theaterbilder, aber keine Höhepunkte innerer Entwicklung der Fabel, die Rosa Bertens mit der kühnsten Raffinesse einer Verleumdung ausgezeichnet hat, ebenso wie die übrigen Rollen durchweg anständig und verständnisvoll gegeben wurden. An der Spitze standen Herr Hedwig als Realisationsdirektor Brandt, Herr Schwarze als Antiquar und Herr Carl als Richter. Als Rosa Bertens, als Tochter hat eine zu trübselige Rolle zu geben, als daß wir ihr schaukelpfeiferischen Können nach dieser Leistung beurteilen möchten. Die gesamten Bilder sind im Neuen Theater außerordentlich gut gestellt und ausgeführt, und die für den ersten und letzten Akt waren dramatischen jenseitigen Reizung. Das Publikum nahm den Gast und das Stück sehr beifällig auf, ohne daß man sagen könnte, es gehöre zur kulturellen Bildung, daß man das dänische „Schau-spiel“ kennen lernen müsse.

Die deutsche Bücherei in Leipzig.

W. Im Mai wird der Pfaffenbau der Deutschen Bücherei in Leipzig eingeweiht. Seine Errichtung und Ausstattung hat den sächsischen Staat rund 2 Millionen Mark gekostet, während die Stadt Leipzig den auf 1 Million Mark geschätzten Bauplatz kostenlos zur Verfügung stellte. Neben der jetzt endgültig feststehende Einrichtung, den Umfang und die Benutzung des Unternehmens, das allen Kreisen des deutschen Volkes dienen soll, dürften einige nähere Angaben von allgemeinem Interesse sein. Die Hauptaufgaben der Deutschen Bücherei bestehen darin, die gesamte, vom 1. Januar 1913 an erscheinende deutsche Literatur zu sammeln und auszubereiten, sie für jedermann zur kostenlosen Verfügung zu stellen und sie bibliographisch zu bearbeiten. In Deutschland kommt dieses seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts angestrebte Ziel zum erstenmal zur Ausführung. Bei der Arbeit dieser zentrale deutschen Schriftkammer ist jede politische, religiöse oder sonstige Stellungnahme ausgeschlossen. Die Sammlung erstreckt sich nicht auf Tagesgeschichten. Die Bücherei wird jedermann, vom einfachsten Arbeiter bis zum Gelehrten kostenlos offenstehen. Eine Bücherverfendung erfolgt nicht. Bei der Deutschen Bücherei brauchen die gewünschten Schriften nicht erst lange vorher bestellt zu werden; sie stehen sofort zur Verfügung. Das Herz der Bücherei, der große Lesesaal, bietet 150 Personen Sitz- und Arbeitsplätze. Im Zeitschriftenaal, der für 100 Besucher eingerichtet ist, werden über 4000 Zeitschriften aufgelegt. Für Benutzer mit besonderen Bedürfnissen ist ein kleiner Lesesaal vorhanden. Der Land- und Wandbibliothek ist mit äußerst reichlichen Maßen- und Tischleistungen ausgestattet. Auch ein Speise- und Erfrischungsraum ist für die Besucher vorhanden. In der Bücherei kann sonach vom Morgen bis zum Abend ununterbrochen gearbeitet werden. Tag und Nacht sind Lesende und Schreibende, sowie Schriftmachende in hinreichender Zahl für die Benutzer zur Verfügung stehen, wird für Hochgelehrte und Journalisten von Interesse sein; man kann die Arbeiten an Ort und Stelle in die Maschine diktieren. Bis jetzt sind weit über 100 000 Bücher und 13 000 Bände Zeitschriften vorhanden; es gehen täglich etwa 100 Bücher und bis 100 Zeitschriften aus. Der jetzt vollendete Bauabschnitt wird für 20 Jahre und über 1 Million Bücher ausreichen. Nach dem vollständigen Ausbau können über 10 Millionen Bände gestellt werden. Die Unterhaltungskosten werden vom sächsischen Staat und der Stadt Leipzig bestritten; sie betragen jährlich 200 000 Mark. Dazu bezahlt der Staat 85 000 Mark und die Stadt Leipzig 115 000 Mark. Die Verwaltungskosten trägt der Vorförderverein deutscher Buchhändler.

Differenzen besteht, sollen diese in keinem Falle in öffentlichen Versammlungen ausgetragen werden. Dazu sind vielmehr die in Betracht kommenden Einrichtungen der Partei — Mitgliederversammlungen und Presse — da, wenn von beiden Seiten in dem hier gewünschten Sinne gehandelt wird, wenn beide Richtungen einander mit der nötigen Toleranz begegnen, dürfte unnötige Verhärterung vermieden und späteren sachlichen Entscheidungen gebietend sein. Gefühlsregungen und Genossen! Beherrschet das Vordringende! Seid einig und tolerant!

Spaltung der schwedischen Reichstagsfraktion.

Kopenhagen, 15. April. (S. V.) „Nationaltidende“ meldet aus Stockholm: Rechts haben in der sozialdemokratischen Partei erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die Politik der Parteileitung, besonders Brantings, geherrscht. Seine kräftige Abgabe an die Leute von der Sturmglode und seine bestimmte Forderung, die Jungsozialisten von der Parteileitung auszuschließen, wurden die nächsten Ursachen zur Bildung einer neuen sozialdemokratischen Parteigruppe. Auf eine Anregung des Parteisekretärs Frederik Ström beschloß ein Teil der sozialdemokratischen Gruppe im Reichstag eine neue Gruppe zu bilden und aus der Arbeiterpartei auszutreten zunächst sind dies 15 Mitglieder, deren bekanntestes Bürgermeister Rindbagen ist.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Meldungen aus Württemberg zufolge haben die württembergischen Staatsbahnen den Anfang mit der Abfertigung der ersten Klasse gemacht. Als Ersatz dafür sind neue Wagen zweiter Klasse eingestellt worden, die mehr Richtungen-Abteile enthalten. Auch ist die Ausstattung der neuen Wagen besser als die der bisherigen Wagen zweiter Klasse. Der zur Verfügung stehende Raum ist außerordentlich ausgedehnt, der Mittelgang ein wenig breiter und die Sitze bequemer als in den bisherigen Wagen. Bravo!

Die Beantwortung von Anfragen in der Zweiten Kammer kündigte der Minister des Innern, nach einer Meldung aus dem Haag, einen Gesetzentwurf an, welcher bestimmt, daß auch in Holland die Uhren während des Sommers eine Stunde vorgerückt werden sollen. Es ist allerdings noch fraglich, ob es möglich sein wird, die Sommerzeit schon am 1. Mai einzuführen. Es hängt das von dem Arbeitstempo der Kammer in der Osterwoche ab.

Der französische Senat, der sich am letzten Mittwoch grundsätzlich für die Festsetzung von Höchstpreisen ausgesprochen hat, nahm diese in der Donnerstagtagung ohne Debatte für Zucker, Kaffee, Öl und Petroleum an. Die Kartoffeln wurden mit 124 gegen 111 Stimmen in das Höchstpreisgesetz einbezogen. Der Minister Waldeck bemerkte, daß die Zwischenhändler heute einen Gewinn von 130 bis 140 Franken pro Tonne machten. Die Preisfestsetzung für Milch wurde mit 145 gegen 90 Stimmen angenommen, die für Butter mit großer Mehrheit verworfen. In der Debatte über Käse stellte ein Senator fest, daß Jochurt, der vom Produzenten für 1.80 Franken abgegeben wird, in Paris für sechs Franken verkauft wird. Trotz der Witten des Ministers Waldeck, den Armen den Käsegenuss zu ermöglichen, erklärte die Mehrheit Käse als nicht unentbehrlich und verworft die Höchstpreispreise mit 135 gegen 103 Stimmen.

Die Behörden veranlassen die Sozialisten von Glasgow, auf die Einberufung der Versammlung zu verzichten, worin am Sonntag gegen die Beschaffung der Streikenden von Gläse protestiert werden sollte. Das Exekutiv-Komitee des Gewerkschaftsrates, das besonders einberufen wurde, beschloß, alle Vorbereitungen zu widerrufen, um jeden Konflikt mit den Behörden zu vermeiden.

In der Nacht vom 14. zum 15. April überflogen zwei feindliche Flugzeuge, die vor den Dardanellen aufgestiegen waren, in großer Höhe Konstantinopel und warfen einige Bomben auf zwei Oerkschiffen der Flotte, ohne irgendeine Wirkung zu erzielen. Infolge des Feuers unserer Abwehrgeschütze verloren die feindlichen Piloten ihr Ziel aus den Augen und kehrten in der Richtung zurück, aus der sie gekommen waren.

Der Panamakanal ist, nachdem er 7 Monate geschlossen worden war, wieder eröffnet worden.

Neues aus aller Welt.

Ein englischer Lehrer vor Gericht.

Der „Manchester Guardian“ berichtet: Vor dem Appellhof der Grafschaft Lancashire in Liverpool stand Ernest G. Everett, ein vom St. Helens Education Committee angestellter Lehrer, der vom lokalen Gericht vom Kombattantenstand befreit worden war, aber auf Grund von Gewissensbetrüben um vollständige Freilassung einkam. Die Verhandlung entwickelte sich folgendermaßen:

Der Bürgermeister: Wie lange ist ihr Gewissen beunruhigt?

Antwort: Mein Gewissen ist ganz und gar nicht beunruhigt. Ich bin eher stolz darauf.

Der Vertreter der Militärbehörde: Denken Sie, daß Sie das Recht haben, zu wählen, ohne daß Sie an der Verteidigung Ihres Landes teilnehmen?

Antwort: Das denke ich sehr entschieden, Sir.

Auf eine Frage des Bürgermeisters sagte der Appellant: „Was immer Ihre Entscheidung sei, bleibt mir gleichgültig. Ich werde weder als Kombattant noch als Nichtkombattant Dienst tun. Da ich es nicht tue, hat es schließlich keine Bedeutung, was Sie darüber verfügen.“ Auf eine weitere Frage gab der Appellant an, Mitglied des Verbandes für demokratische Kontrolle zu sein.

Der Bürgermeister: Sie sind ein Lehrer des Schulcomités von St. Helens?

Antwort: So ist es.

Der Bürgermeister: Lehren Sie die Kinder Gewissens-einmühen?

Antwort: Das gehört nicht zu meinen Lehrgegenständen.

Der Bürgermeister: Sie lehren sie doch Loyalität, nicht wahr?

Antwort: Wenn Sie unter Loyalität das Bekenntnis zum Nationalismus verstehen, so lehre ich sie nicht und ich würde nie etwas Derartiges lehren.

Der Bürgermeister: Lehren Sie sie, Gott zu fürchten und den König zu ehren?

Antwort: Ich kann das letzte nicht ohne weiteres gewissenhaft beantworten. Ich ehre den König als Menschen und als Gentleman, aber ich lehre weder, noch würde ich jemanden dazu ermuntern, den König als solchen zu ehren.

Der Bürgermeister: Alle Mitglieder des Gerichtshofes sind mit mir darüber einig, daß das Schulcomité von St. Helens sehr ernstlich erwägt, ob ein Gentleman, der über die Ehre des Königs solche Anschauungen hat, eine geeignete Person ist, die Jugend von St. Helens zu unterrichten. Wir weisen den Appell zurück und bestätigen die Entscheidung der unteren Instanz.

Der Appellant: Habe ich das Recht auf weiteren Appell?

Der Bürgermeister: Nicht ohne unsere Erlaubnis.

Der Appellant: Kann ich die Erlaubnis bekommen?

Der Bürgermeister: Gewiß nicht.

Diese Verhandlung ist in mancher Hinsicht bemerkenswert. Sie zeigt die Hartnäckigkeit, womit manche grundsätzlichen Gegner des Krieges in England ihre Überzeugung verteidigen, aber auch die Loyalität, die in England gegenüber Bekenntern von Meinungen, die den herrschenden Anschauungen zuwiderlaufen, zur Lieberlieferung gehört. Gewiß, auch dieser ungenügend patriotische Schulmeister wird der Regierung kaum entgegen, im übrigen scheint der staatliche Apparat seinerwegen nicht bemüht zu werden.

Spielplan der Frankfurter Theater.

Frankfurter Opernhaus.

Montag, 17. April, 7 1/2 Uhr: „Martha“. Auf. Abonn. Kleine Pr.
Dienstag, 18. April, 7 Uhr: „Aida“. 25. Vorstell. im Dienstag-Abonn. Gewöhnl. Pr.
Mittwoch, 19. April: Geschlossen.
Donnerstag, 20. April, 7 Uhr: „Fra Diavolo“. 25. Vorstell. im Donnerstag-Abonn. Gewöhnl. Pr.
Freitag, 21. April: Geschlossen.
Samstag, 22. April, 7 1/2 Uhr: „Der Troubadour“. 25. Vorstell. im Samstag-Abonn. Gewöhnl. Pr.
Sonntag, 23. April, 7 Uhr (Neu einstudiert): „Der Varenhüter“. In 3 Akten von Siegfried Wagner. 25. Vorstell. im Sonntag-Abonn. Große Pr.
Montag, 24. April, 5 Uhr (Zugunsten des Roten Kreuzes.): „Parasit“. Auf. Abonn. Große Pr. mit 10 Prozent Aufschlag.
Dienstag, 25. April, 7 Uhr: „Aldine“. 20. Vorstell. im Dienstag-Abonn. Gewöhnl. Pr.

Frankfurter Schauspielhaus.

Montag, 17. April: Geschlossen.
Dienstag, 18. April, 7 1/2 Uhr (Neu einstudiert): „Das Wintermärchen“. Schauspiel in 5 Akten von Shakespeare. 25. Vorstell. im Dienstag-Abonn. Kleine Pr.
Mittwoch, 19. April, 7 1/2 Uhr: „Die gutgeschneitene Ede“. 25. Vorstell. im Mittwoch-Abonn. Kleine Pr.
Donnerstag, 20. April, 6 1/2 Uhr (Abonnementvorstellung für den am 17. April ausgefallenen Montag): „Haus“. Im Abonn. Kleine Pr.
Freitag, 21. April: Geschlossen.
Samstag, 22. April, 7 1/2 Uhr: „Rosmersholm“. 25. Vorstell. im Samstag-Abonn. Kleine Pr.
Sonntag, 23. April, 3 1/2 Uhr: „Glaube und Heimat“. Auf. Abonn. Befond. ermäß. Pr. — 7 Uhr (Am 200jähr. Todestag Shakespeares. Zugunsten des Roten Kreuzes.): „Hamlet“. Auf. Abonn. Kleine Pr. mit 10 Prozent Aufschlag.
Montag, 24. April, 3 1/2 Uhr (Deutscher Komödienabend): „Der Fremde“. Hierauf: „Freischütz“. Dann: „Die fittliche Forderung“. Zum Schluss: „Die Hohenpforte“. Auf. Abonn. Befond. ermäß. Pr. — 7 1/2 Uhr: „Das Wintermärchen“. 25. Vorstell. im Montag-Abonn. Kleine Pr.

Neues Theater.

Montag, 17. April, 8 Uhr (zum ersten Male): „Gespensier“. Drama in 3 Akten von Henrik Ibsen. (Frau Alving: Rosa Vertens a. G.) Auf. Abonn. Gewöhnl. Pr.
Dienstag, 18. April, 8 Uhr: „Thora van Deken“. (Thora Engelhoff: Rosa Vertens a. G.) Abonn. A. Gewöhnl. Pr.
Mittwoch, 19. April, 8 Uhr: „Gespensier“. (Frau Alving: Rosa Vertens a. G.) Abonn. A. Gewöhnl. Pr.
Donnerstag, 20. April, 8 Uhr: „Thora van Deken“. (Thora Engelhoff: Rosa Vertens a. G.) Abonn. A. Gewöhnl. Pr.
Freitag, 21. April: Geschlossen.
Samstag, 22. April, 8 Uhr (Lehtes Gastspiel Rosa Vertens): „Thora van Deken“. (Thora Engelhoff: Rosa Vertens a. G.) Abonn. A. Gewöhnl. Pr.

Schumann-Theater

Heute 8 Uhr: Neu! „S. M. der Dollar“. 110

ANFANG 8 UHR 10 UHR
HANSA 6570
EINSTRICH 7 UHR

GROSS-FRANKFURT

SPEZIALITÄTEN-THEATER

Der fallende Mann Will! Der fallende Mann Will!

3 Maras's, gymnast. Akt
Helene Loderitz und Piccolo, kleinste Verwandlungskunst.
Orantheil-Wunder
Karpachen-Tanz-Truppe
Alfons Geißler, elast. Kunst
Max und Moritz, die radfahrenden Affen

1111 Walter-Schreiber, kleinste Verwandlungskunst.
3 Karle's, Schleudertr.-Akrob.
Heinz Ehle, Humorist
3 Matheos, musikal. Akt

Logenplatz M. 1.75 Reservierter Platz M. 1.20 Saal M. —.25
Mittw. wochentags halbe Eintrittspreise.

KÜNSTLER-BREITL **KAFFEE-HAUS**
Anfang 8 Uhr Eintritt 50 Pf. Künstler-Konzert Eintritt frei.

Wer sparen will

bei Neuanschaffung von Garderoben, lasse Damen-, Herren- u. Kinder-Kleider chem reinigen od. umfärben. Läden u. Annahmest. in Frankfurt a. M., Mainz, Wiesbaden, Bad Homburg, Hanau, Darmstadt, Höchst a. M.

Platte mit Gas!

Billiger als Kohlenfeuer.

einfach
mit zwei Eisen für
zusammen
nur **Mk. 6.60**

Plättapparat



Stündlicher Gasverbrauch
230 Liter = 2 1/2 Pfg.,
einzustellen nach Größe der
Eisen bis
**zu 1 1/2 Pfg. Gas
per Stunde.**

Das Platten mit Gas ist vom technischen wie auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, die **beliebteste Plättweise**. Bei grösster Bequemlichkeit und geringem Arbeitsaufwand braucht sich die Hausfrau nicht mehr der Glut des Kohlenofens auszusetzen. **Das Gasplatten ist sauber und reinlich**, sodass eine Verschmutzung der Wäsche ausgeschlossen ist.

Gasglühlicht-, Plätt-, Koch- u. Heizapparate in einfacher u. in reicher Ausstattung sind stets vorrätig in unserer Ausstellung

23 Rossmarkt 23

Frankfurter Gasgesellschaft

Die Union-Druckerei

Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Frankfurt a. M., Gr. Hirschgraben 17
Fernsprecher Amt Hansa 7435-37

empfehlte sich zur Anfertigung von

Drucksachen

aller Art

Vereins-, Geschäfts- und Familien-Druckarbeiten
Mehrfarbendrucke, Katalog- und Werkdruck in jeder Ausführung.

Ueberrahme von Massenaufgaben

Arbeitsmarkt.

Offene Stellen sind vorhanden für:
Eisen-, Werkzeug- u. Metallarbeiter
Werkzeug- und Rundschleifer
Reifen- und Kupfergeschmiede
Hufe- und Wagenbeschläge
Bau- und Pflanzschlosser
Maschinen-, Holzer- u. Motoren-
schlosser
Schlosser auf Werkzeug und Lehen
Gefenkschlosser
Spezialer für Autoführer
Metallarbeiter
Fräser und Hobler
Heimer und Brennmacher
Mechaniker (Präzisionsarbeit)
Schweißschlosser
Kontrollanten und Reifer
für Spezialmaschinenbau. 103

Städt. Arbeitsamt
Große Friedberger Straße 25.

Holzbettstellen.

laderte und polierte, einzelne Spott-
bänke, Patentmatratzen, Woll-
matratzen, Segenmatratzen, An-
fertigung nach Maß ohne Preis-
erhöhung. 01183

Bettenfabrik Zettelmann
78 Neue Mainzerstraße 78
nächt. Opernplatz.

Große Grammophon, Konzert-
Violon u. Hohenmonika d. H.
Schmitt, Johannberg, 25. 11. 154

Anzüge ●●● Paletots

von feinsten Herrschaften sehr
wenig getragen, prima Stoffe,
teilweise auf Gebe gearbeitet, in
all. GröÙh., auch für Korporation
schlosser

**10, 12, 16, 20 Mk. und
höher.**
einzelne Hosen und Sakko
bügeln, Frack, Gehrock- und
Smokinganzüge, auch leihweise.

Abteilung II: Eleg. Neu-
Garderobe sehr preiswert.

Mandel's

Garderoben-Haus
Gr. Friedberger Str. 6, I.
an der Konstabler Wache. 100

Herren- u. Jünglingsanzüge

Hosen, in allen Größen u. Farben
sehr preiswert abgegeben, auch wer-
den Anzüge mit u. ohne Stoff preis-
wert u. gut angefertigt. **Borger**
Str. 107, I., Herrenschneidererei.

Vermietungen.

Wohnungen 3 u. 4 Zimm., best-
teiler sehr billig zu vermieten. **Borger**
A. Wollart, Gieselerstraße 9.